

Liebe Genossinnen und Genossen,



mehr in Rendsburg – Glückwünsche an Pi-

im Oktober standen bei mir viele Termine an, von Finanzen bis Fischen, da mussten wir bis Ultimo am OH-Brief arbeiten. Seit der letzten Ausgabe ist viel passiert. Weniger bei uns, aber dafür umso

erre Gilgenast – und Berlin. Wir haben nun einen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl. Nachdem Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier abgesagt haben und es keine weiteren Bewerbungen gab, hat sich der Parteivorstand einstimmig für Peer Steinbrück ausgesprochen. Auf dem Bundesparteitag am 9. Dezember 2012 in Hannover soll die offizielle Nominierung stattfinden. Vorher wird das Thema der Altersversorgung auf dem Parteikonvent am 9. November beraten und beschlossen. Dazu hat der SPD Kreisvorstand in seiner

letzten Sitzung einen Beschluss gefasst, der dem der Jusos (siehe Seite 8) nahe kommt. Wir haben auch unseren Dialog mit Vereinen und Verbänden fortgesetzt, mit den Kirchenvertretern hatten wir ein tolles Gespräch, Fortsetzung folgt. ■

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Lars Winter
Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

Praktikum für den fischereipolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Zum Dorschfang auf der Ostsee



Foto © Lars Winter

Netze am Tag zuvor für den Dorschfang ausgelegt.

Die Stellnetzfisherei ist umstritten. Tierschützer fordern ein Verbot dieser Art von Fischerei, weil der Bestand der Schweinswale dadurch gefährdet sein soll und der Beifang von Enten zu hoch sei. Dieser Argumentation folgen die Fischer nicht. Herr Albrecht erzählt von der Erfahrung der Fischer. Viele Enten als Beifang zu haben bedeute, dass dort gefischt würde, wo viele Muscheln seien. Dort hielten sich die Enten auf. Weil die einen erheblichen Schaden an den Netzen anrichteten, würden die Fischer diese Bereiche meiden. Für den Bereich der Ostsee vor Großenbrode bis Dahme kann er aus jahrzehntelanger Beobachtung berichten, dass dort kaum Schweinswale gesichtet würden.

In jedem Fall ist es erforderlich, dass Gespräche über die Einschränkung oder den Verbot der Stellnetzfisherei geführt werden. Dabei kann es um die mögliche Länge (Kutter über zehn Meter Länge dürfen zwölf Meilen lange Netze aufstellen, kleinere Boote bis neun Meilen lange Netze.) oder um die Höhe der Stellnetze gehen. Es muss einen Weg geben, dass beide Parteien, die Tierschützer und die Fischer, und natürlich die Schweinswale und die Enten einen Gewinn davon haben. .

Zurück zu meiner Fangfahrt. Insgesamt ca. 50 Kilo Dorsch konnten wir fangen. Als lebender Beifang gingen kleine Dorsche und Flundern wieder über Bord. Sie waren so schnell in den Tiefen der Ostsee verschwunden, dass die Möwen, die uns den ganzen Morgen begleitet haben, keine Chance erhielten, sie zu fangen. An diesem Morgen habe ich viel gelernt. ■

Lars Winter, MdL

Als fischereipolitischer Sprecher meiner Fraktion im Landtag, wollte ich neben der Theorie auch etwas über die Praxis der Fischerei erfahren. Auf Einladung des Vorsitzenden des Fischereischutzverbandes Schleswig-Holstein, Herrn Wolfgang Albrecht, war ich am 5. Oktober mit ihm auf Fangfahrt.

Um 6.00 Uhr ging es im Kommunalhafen von Großenbrode los. Mit dem Boot von Herrn Albrecht, einem Fischkutter mit einer Länge von 9,60 m, ging es zur Stellnetzfisherei. Herr Albrecht hatte zwei



Wolfgang Albrecht und Lars Winter (MdL) auf der Nordstern

Foto © Unbekannt

SPD Kreisvorstand Ostholstein

Lotsendienst Stockelsdorf berichtet

Der Kreis Ostholstein ist ein sehr armer Kreis. Damit meine ich nicht die finanzielle Situation. Der Kreis Ostholstein ist arm an Gefühlen für die Seniorinnen und Senioren unseres Kreises. Denn er verweigert seit Jahren die Einrichtung eines unabhängigen Pflegestützpunktes. Acht andere Kreise haben ihn bereits eingeführt. So auch die Hansestadt Lübeck. Viele Ostholsteiner suchen diese Einrichtung auf, um unabhängig beraten zu werden. Sie müssen den Weg nach Lübeck nehmen, weil ihnen der Kreis Ostholstein diese Einrichtung vorenthält. Und das aus fadenscheinigen Gründen der Finanzierung sowie aus Kompetenzgerangel.

Somit blieb den Seniorinnen und Senioren aus der Gemeinde Stockelsdorf nichts anderes übrig, als bei Modellprojekt der generationenfreundlichen Gemeinden in Schleswig-Holstein mitzumachen. Die Vorstandsmitglieder Frau Jäger, Frau Bettinger und die Herren Niemyer und Beck haben einen Trägerverein gegründet, Mitglieder geworben und bieten trägerunabhängige Beratung für Seniorinnen und Senioren ihrer und den Umlandgemeinden.

Anlass genug, um sich im Kreisvorstand der SPD Ostholstein über die Einzelheiten zu informieren. Die Kreistagsfraktion bemüht sich seit längerem um die Einrichtung



Der Vorstand des Lotsendienstes Stockelsdorf, eingerahmt von Hermann Greve und Lars Winter vom SPD Kreisvorstand

ung eines kreiseigenen Pflegestützpunktes. Dabei wurde den anderen Fraktionen des Kreistages vorgerechnet und nachgewiesen, dass sich der finanzielle Anteil des Kreises (ein Drittel der Gesamtkosten von 60.000 Euro) innerhalb kürzester Zeit refinanziert. Die restlichen Kosten tragen die Pflegekasse und das Land Schleswig-Holstein.

Die Angebote des Lotsendienstes Stockelsdorf werden rege nachgefragt. Unterstützt der Verein doch bei so vielfältigen

Aufgaben wie z.B.: Bürgernähe, zentraler Knotenpunkt des in der Gemeinde verfügbaren Hilfenetzwerkes, Transparenz für Hilfesuchende, Informationen über Selbsthilfegruppen, Essen auf Rädern, Hausnotruf, ambulante Pflegedienste, technische Hilfen, wohnbegleitende Dienste, betreutes Wohnen, Pflegeheime sowie Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote u.v.m. ■

Lars Winter, MdL
Kreisivorsitzender

Siebter Berliner Abend des Deutschen Feuerwehrverbandes



Die Landesgruppe Schleswig-Holstein mit der Spitze der Feuerwehr aus Bund und Schleswig-Holstein: Franz Thönnnes, Ernst-Dieter Rossmann, Hans-Peter Kröger (Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes), Bettina Hagedorn und Sönke Rix.

Rund 450 Gäste, darunter etwa 100 Mitglieder des Deutschen Bundestages, kamen am 12. September zur Berliner Feuerwehrwache nach Tiergarten, um dort

am siebten Berliner Abend des Deutschen Feuerwehrverbandes mit den zahlreich anwesenden Feuerwehr-Führungskräften aus ganz Deutschland über die Sicherung der Mittel für die Katastrophenschutzfahrzeuge zu diskutieren. Für mich ist das immer ein sehr wichtiger Termin, da z.B. die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen für den Katastrophenschutz ein elementarer Bestandteil der Fuhrparkmodernisierung der mit vielen ehrenamtlichen Helfern aktiven Verbände in Ostholstein, Stormarn und im ganzen Land bleibt. Auch ich habe mich in der Vergangenheit für diese Investitionen eingesetzt und Erfolge erzielen können und werde auch in Zukunft bei diesem bedeutsamen Thema am Ball bleiben. ■

Bettina Hagedorn, MdB

Ökologisches Leuchtturmprojekt für die Ostsee Zero-Emission-Fähren zwischen Puttgarden und Rodby

Foto © Heiner Stiaschen (Büro Oppermann)



Besichtigung des Offshore-Windparks Baltic 1 mit der MS Alexander: Sonja Steffen, Gabriele Hiller-Ohm, Thomas Oppermann (Geschäftsführer SPD-Bundestagsfraktion), Bettina Hagedorn, Uwe Beckmeyer, Caren Marks, Franz Thönnnes und Ingo Egloff.

Schon 2017 könnte diese Vision wahr sein: als weltweit ökologisches Vorzeigeprojekt könnten emissionsfreie Fähren – angetrieben von Brennstoffzellen und aufgeladen von Offshore- oder Onshore- Windenergie – zwischen Puttgarden und Rodby als Teststrecke (ideal wegen der kurzen Distanz und der vorhandenen Windkraftkapazität) eingesetzt werden.

Was sich bei Skeptikern nach grüner Fantasie anhört, befindet sich bereits bei der Reederei Scandlines als Auftraggeber und dem Germanischen Lloyd bzw. der Future Ship in fortgeschrittener Planung und veranlasste die SPD Landtags- und Bundestagsfraktion zu einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung mit vielen interessierten Besuchern am 27. August 2012 in Niendorf/Timmendorfer Strand. Gastreferenten waren auf Einladung von MdL Lars Winter, MdL Sandra Redmann und MdB Bettina Hagedorn der Scandlines-Geschäftsführer Dr. Gernot Tesch und der Chef-Ingenieur von Future Ship, Björn Pape.

Nach Angaben von Scandlines und dem Germanischen Lloyd könnten emissionsfreie Fähren schon in fünf Jahren auf dem Fehmarnbelt fahren – um diesen Zeitplan zu halten, müssten allerdings 2014 die Ausschreibungen für die Fährneubauten vorliegen. Das ist ambitioniert, denn für

Scandlines bedeutet dies, Planungs- und Investitionssicherheit für eine 500-Mio.-Euro-Investition für den Neubau von vier Fähren der innovativsten Generation binnen zwei Jahren herzustellen. Die Reederei könnte nach eigenen Angaben diese Investition ohne jegliche staatliche Subventionen stemmen, wenn sie – quasi zur wirtschaftlichen Absicherung – die politische Garantie hätte, dass der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung sich um weitere Jahre bis 2029 verzögert. Diese Garantie kann die deutsche Politik jedoch angesichts der im Staatsvertrag mit Dänemark gegebenen Zusagen auf keinen Fall geben.

Allerdings ist es Fakt, dass die Fertigstellung der Querung mit Hinterlandanbindung im Juni 2009 bei der Beschlussfassung im Bundestag noch für das Jahr 2018 terminiert war – bis heute hat sich dieser Termin scheinbarweise bereits auf das Jahr 2022 um vier volle Jahre verschoben, obwohl zu erwartende Klageverfahren, die Jahre dauern können, in diesem Zeitplan bislang noch nicht einmal berücksichtigt sind.

Unabhängig davon sollten Wirtschafts- und Verkehrsminister in den norddeutschen Ländern wie im Bund daran interessiert sein, dass es zu der baureifen Entwicklung und Auftragsvergabe für diese vier Fähren kommt.

♦ Die Förderung der Forschung und Entwicklung der im zivilen Schiffsverkehr eingesetzten Brennstoffzellentechnik kann für Deutschland Signalwirkung entfalten und

♦ Werftstandorten an unseren Küsten neue Auftragsvolumina auch aus dem Ausland beschere

♦ viele Arbeitsplätze könnten dadurch gesichert oder geschaffen,

♦ die Ostsee als hoch belastetes Binnenmeer mit ständig steigenden Schiffsbewegungen zum Öko-Vorreiter werden.

Dieses Ziel des CO₂-neutralen Fährverkehrs verbindet sich perfekt mit dem EU-Ziel, bis 2025 den CO₂-Ausstoß um ein Viertel zu reduzieren.

Die Fehmarnbeltregion ist lebendig und zukunftsfähig – dafür ist die emissionsfreie Fähre das beste Beispiel. Deshalb wird dieses Konzept auch schon bald auf der Tagesordnung der „Küstengang“ in Berlin stehen, wo Chef-Lotse MdB Uwe Beckmeyer die Projektleiter von Scandlines und dem Germanischen Lloyd einladen wird, um über den aktuellen Entwicklungsstand der emissionsfreien Fähre zu informieren – damit die Pläne keine bloße Zukunftsmusik bleiben, sondern als wichtiger Baustein für die deutsche Führungsrolle bei der Energiewende auch im maritimen Bereich umgesetzt werden. ■

Rede im Kreistag am 2. 10. 2012

Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen/Aufwendungen im Bereich ÖPNV/Schülerbeförderung für die Haushaltsjahre 2011/2012

SPD Fraktion: ÖPNV/Schülerbeförderungskosten – keine haushaltsrelevanten Beschlüsse fassen

Heute wird die unendliche Geschichte, die Diskussion zum ÖPNV/zur Schülerbeförderung hier im Hause fortgesetzt und wir hoffen, nein wir wünschen uns, dass wir es bis zum 4. 12. 2012 zu den Haushaltsberatungen 2013 zum gesetzeskonformen und finanzpolitischen Abschluss bringen. Bevor von einigen Abgeordneten die Finger auf dem Tisch unruhig werden, teile ich Ihnen mit, dass im 1. Satz der Begründung zu unserem Antrag der Hauptausschuss die Koordination zu diesem Thema übernimmt.

Alle Fraktionen haben für die funktionale Ausschreibung Ostholstein Mitte gestimmt und für diese Ausschreibungsform sehr viel finanzpolitisches Lehrgeld gezahlt. Das Ziel der Ausschreibung ist nicht erreicht worden, nämlich durch den Wettbewerb eine bessere Leistung für den gleichen Preis zu erhalten. Auf der finanziellen Baustelle ÖPNV/Schulbuskosten sind insgesamt zusätzliche Kosten von 3, 2 Mio. € aufgelaufen, u. a. gehören strukturelle Kostensteigerungen dazu.

Auf der letzten Kreistagssitzung haben wir 500 TSD € freigegeben und heute sind es nochmals 2.783 Mio. € Nachforderungen gegenüber dem Busunternehmen aus den Jahren 2011 und 2012. Hier stellt sich für uns gleich die Frage: „Wenn jetzt gesetzeskonform mit den Schulträgern verhandelt wird, wie wird sich dann die in der Anlage beigefügte Kostenentwicklung für die Haushaltsjahre 2013, 2014 und 2015 auswirken?“

Die SPD Fraktion wird hier und heute nicht die Diskussion über die Begriffe Nachtrag, überplanmäßiger Aufwand, Ausgaben, Mittelbedarf etc. führen – Fakt ist, für unseren überschuldeten Kreis Ostholstein ist eine zusätzliche Summe von 2,7 Mio. € aufgelaufen.

Danke, Herr Ausschussvorsitzender Mylius, dass sie zu den von der SPD beantragten Sondersitzungen am 21. 5. 2010 und 7. 8. 2010 zu diesem Themenbereich nicht eingeladen haben. Denn die SPD Fraktion sah schon die dunklen Gewitterwolken aufziehen. Erst zu der beantragten

Sondersitzung am 28. 7. 2012, fast zwei Jahre später, haben sie eingeladen, und in diesem Zeitraum waren die Mio. € von Nachforderungen schon aufgelaufen. Ich sehe den Ausschussvorsitzenden als Mittler/Informant zwischen der Verwaltung und Politik.

Danke an die Herren der Verwaltung Weppler und Klose, beide haben immer unermüdlich die Politik aus der Sicht der Verwaltung aktuell informiert, d. h. mit Zusammenstellungen von Übersichten zum ÖPNV und der Schülerbeförderung. Herr Klose teilte auf der Sitzung am 16. 8. 2012 mit, dass sich der Gemeindeanteil bei der erstmaligen Ermittlung festgeschrieben worden sei und somit nicht automatisch steigen würde.

Danke an Herrn Straßburger, erst auf der Sondersitzung des Fachausschusses am 28. 7. 2012 wurde mitgeteilt, dass die Schulträger sich nur mit 22 % an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligen.

Wie steht es aber dazu im Schulgesetz § 114: Die notwendigen Kosten tragen der Kreis zu zwei Drittel und die Schulträger zu einem Drittel. Dazu später noch einiges mehr.

Weiterhin wurde berichtet, dass noch nicht alle Schulträger die Verträge mit dem Kreis unterzeichnet haben. Dazu hat die SPD Fraktion im letzten Hauptausschuss die Anfrage gestellt, wie viele Verträge noch nicht unterzeichnet worden sind? Danke an Herrn Jürgens, er hat uns in den letzten Wochen und Monaten ständig mit den aktuellen Zahlen gefüttert.

Danke an Herrn Landrat Sager, dass er die Schreiben an die Schulträger unterschrieben hat, mit dem Hinweis, dass ab dem Zeitpunkt der Aufnahme des Verkehrs das Schulträgerdrittel – auf der Basis des Jahres 2010 festgeschrieben wird.

Weiter wird geschrieben, dass dies für die Gemeinden nicht nur in finanzieller Hinsicht ein hohes Maß an Planungssicherheit mit sich bringen würde, sondern die Ausschreibung würde auch insgesamt zu einer klaren und verbindlichen Definition von Leistung und Kosten für die Dauer von acht Jahren führen. Wie in einem Protokoll weiter ausgeführt wird, soll der Schulträger über 8 Jahre einen identischen Betrag zahlen und das Risiko der Preis-

steigerung beim Kreis Ostholstein liegen.

Dazu in der Tageszeitung am 22. 9. 2012, Süsel: „Einstimmig befürworteten die Mitglieder den vom Kreis Ostholstein vorgelegten Finanzierungsvorschlag für die Schülerbeförderung. Die guten Konditionen wurden hervorgehoben, wir haben hart verhandelt und die ursprüngliche Beitragsforderung des Kreises von 60.500 € auf nun 53.000 € drücken können. Kommentar von mir: „Werden diese Summen wie auf dem orientalischen Basar verhandelt?“ Kann man diese Information so interpretieren Herr Landrat, dass zu Lasten des Kreises verhandelt wurde?“

Danke an den CDU Kollegen Rüder, dass Sie sich mit ihrer Fraktion von einer Erhöhung des Elternanteils bei der Schülerbeförderung verabschiedet haben. Ich gehe davon aus, dass Sie hoffentlich nicht aus wahltaktischen Gründen, sondern aus innerer Überzeugung diesen Schritt unternehmen haben.

Dank an die Medien, am 7. 6. 2012 wurden die ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen durch die Zeitungen informiert, dass erhebliche Mehrkosten auf den Kreis Ostholstein als Auftraggeber für den öffentlichen Busverkehr zurollen. Dazu wird Landrat Sager zitiert: „Es ist davon auszugehen, dass der jährliche Mehrbedarf die Millionengrenze nennenswert übersteigen wird.“ Diese überraschende finanzpolitische Botschaft vom Verwaltungschef aus den Medien zu erfahren, hat meine Fraktion veranlasst, eine sofortige Sondersitzung zu beantragen, eigentlich wäre es die Aufgabe des Ausschussvorsitzenden gewesen.

Liebe KollegenInnen, wenn die Verträge mit den Kommunen/Schulträgern rückwirkend rechtlich nicht anfechtbar sind und auch nicht gegen das Schulgesetz verstoßen, kann der Landrat die 2,7 Mio. € als Eilentscheidung freigeben? Oder liegt es daran, dass die Schulträger, wie es Herr Straßburger mitteilte, sich nicht mit einem Drittel nach dem Schulgesetz beteiligen?

Am 28. 6. 2011 hat der Kollege Rüder im Kreistag auch zum Thema Schülerbeförderungskosten – Eigenbeteiligung - der SPD Fraktion vorgeworfen, dass der Kreis an Recht und Gesetz gebunden sei. Der § 114 Abs. 3 Schulgesetz, ich wiederhole,

„die notwendigen Kosten tragen die Schulträger zu einem Drittel“ – dem ist nichts weiter hinzuzufügen.

Es ist die Frage an uns gerichtet worden, in welchem Zusammenhang der Haushalt 2013 mit den Auszahlungen für die Jahre 2011 und 2012 steht. Wir wollen, dass die Verwaltung rückwirkend gesetzeskonform mit den Schulträgern verhandelt und dadurch wird es dann zu gravierenden fi-

nanziellen Auswirkungen auf das Zahlenwerk für den Haushalt 2013 kommen.

Nochmals zusammenfassend:

1. Der Landrat führt rückwirkend die Verhandlungen mit den Kommunen nach dem Schulgesetz § 114 – ein Drittel Schulträger.

2. Die Mittel werden im Rahmen einer Eilentscheidung des Landrates freigegeben und deshalb

3. werden heute keine haushaltsrelevanten Beschlüsse gefasst.

Ich bitte, dem SPD Antrag zuzustimmen. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

Im Kreistag haben alle Fraktionen gegen den Antrag der SPD gestimmt.

Kreistagsitzung am 2. 10. 2012

Tagesordnung

Die SPD Fraktion beantragt die Erweiterung der vorgesehenen Tagesordnung um den TOP Raumordnungsverfahren zur Trassenfindung der Hinterlandanbindung einer festen Fehmarnbeltquerung und stellt dazu den dringlichen Antrag, der Kreistag möge die folgende Resolution beschließen:

Dringlichkeitsantrag

1. Der Kreistag lehnt die auf dem Dialogform am 20. 9. 2012 von der Deutschen Bahn (DB) vorgeschlagenen Lösung für die Hinterlandanbindung einer Festen Fehmarnbeltquerung in Form einer grundsätzlich doppelgleisigen Nutzung der Bestandstrasse auf der Strecke von Lübeck bis Puttgarden bei Umfahrungen von Sierksdorf, Neustadt und Oldenburg ab.

2. Der Kreistag verweist in diesem Zusammenhang auf das vorliegende Bäderbahnmodell, nach dem der Regionalverkehr weiterhin auf der bestehenden Trasse abgewickelt, der überregionale und insbesondere der Güterfernverkehr aber auf einer neuen, ortsferneren Trasse grundsätzlich entlang der Autobahn A1 abzuwickeln wäre.

Einer Planung auf dieser Grundlage ist deswegen der Vorzug zu geben, weil mit den daraus möglichen Verkehrslösungen die vielfältigen Nachteile für unsere Region und die Bewohner vermindert werden könnten.

3. Der Kreistag fordert den Landrat auf, diese grundsätzliche Auffassung zum Raumordnungsvorschlag der DB sowohl gegenüber der Landesregierung als auch der Bundesregierung mit allem Nachdruck zu vertreten. ■

B. Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

Energiewende?

Die mit dem schönen Begriff Energiewende eingeleitete Veränderung der Stromerzeugung in Deutschland ist offensichtlich ins Stocken geraten. Die Bundesregierung rudert massiv zurück, der Umweltminister Altmaier hat die unschöne Aufgabe, die Politik der Stromlobbyisten Vattenfall, Eon und anderer den Menschen im Lande zu verkaufen. Zuviel erzeugte Windenergie im Norden, zu viele mit Fotovoltaik ausgerüstete Dächer und die ungenügende Beschleunigung beim notwendigen Netzausbau dürfen die Gewinne der Stromriesen nicht schmälern. Der Bundesumweltminister darf verkünden, dass, um Strom zu sparen, die Haushalte einen kostenlosen Energiecheck erhalten, dessen Ergebnis dann so ausfällt, dass weitere erhebliche Kosten für die Haushalte anfallen, weil neue stromverbrauchende Geräte angeschafft werden müssen.

Die Bündelung bei der Erzeugung von erneuerbarer Energie unter dem Dach des Bundesumweltministeriums ist jedenfalls in weiter Ferne. Doch dies wäre notwendig, damit die Planungen für den Netzausbau rascher über die Grenzen der Bundesländer hinweg koordiniert werden könnten. Es kann doch nicht sein, dass in Schleswig-Holstein nun erst mit den Planungen der 380 KV-Stromtrasse im Westen begonnen wird und die Ertüchtigung bzw. der Neubau der Stromleitung in Ostholstein von Göhl nach Lübeck erst in frühestens drei Jahren planungstechnisch auf den Weg gebracht werden soll. Der von den vielen Windkraftanlagen im nördlichen Teil von Ostholstein erzeugte Strom wird wohl noch etwa zehn Jahre zwar nicht umsonst erzeugt werden, aber vielfach eben nicht beim Verbraucher ankommen können.

Die Landesregierung will sich für weitere Ausweisungen von Eignungsgebieten für Windenergie stark machen, allein in Ostholstein sind bereits zusätzlich zu den bestehenden Windparks weitere Flächen in der Größenordnung von ca. 1000 ha ausgewiesen, die mit Windkraftanlagen ausgestattet werden sollen.

Derzeit werden 500 MW im Kreis regenerativ erzeugt. Im Rahmen der Netzentwicklungsinitiative Schleswig-Holstein soll in Ostholstein bis 2015 ein Stromerzeugungspotential von insgesamt 1500 MW angestrebt werden. Das ist allerdings nur sinnvoll, wenn die dafür notwendige Stromtrassen diese Energie aufnehmen können.

UMSCHALTEN
Neue Energie schafft Arbeit.

Wenn der Bundesumweltminister allerdings mit seinen Vorstellungen durchkommt und, wie man weiß, hat er ja die Rückendeckung der Kanzlerin, würde bei uns die Stromerzeugung durch Wind trotz der idealen Küstenlage z.B. auf Fehmarn nicht weiter ausgebaut werden können. Sogar die Landes-CDU hat sich in dieser Frage gegen ihre Parteifreunde in Berlin gestellt. Allerdings vermisse ich eine klare Position des örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten, der auch Kreistagsabgeordneter ist, zu dieser Thematik. Dieser hatte vor zwei Jahren noch öffentlich erklärt, die Atomstromerzeugung sei eine notwendige Brückentechnologie, auf die in den nächsten Jahren nicht verzichtet werden könne. Quo vadis, Herr Gädechens? ■

Peter Baldus

Hauptausschusses am 23. 10. 2012

Kreisanteil der Schülerbeförderungskosten

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist unserer Bitte um eine möglichst zeitnahe Prüfung der Rechtskonformität der Anwendung des § 114 Abs. 3 Schulgesetz in unserem Kreis, wie sie sich aus den Unterlagen zur Beschlussfassung des Kreistags am 2. 10. 2012 ergibt, nicht nachgekommen. Er hat diese Angelegenheit aber zur Prüfung angenommen und mitgeteilt, dass sie Gegenstand der Rechnungsprüfung für das lfd. Jahr 2012 sein wird und das Ergebnis daher nicht vor Ende kommenden Jahres zur Verfügung stünde.

Erfreulicherweise war ergänzend der Presse vom 13. 10. 2012 zu entnehmen, dass sich während der Abwesenheit des Landrats der stellvertretende Landrat der Sache angenommen hat. Danach wird derzeit auch in der Kreisverwaltung selbst geklärt, ob die Auffassung der SPD Fraktion, dass die neuen Verträge mit den Schulträgergemeinden zur Lastenverteilung der Schülerbeförderungskosten wesentlich zum Nachteil des Kreises gegen die rechtlich zwingend vorgesehene Aufteilung von 1/3 zu 2/3 verstoßen, geprüft wird.

Presseöffentlich hat der stellvertretende Landrat in diesem Zusammenhang weiter erklärt: „Das muss hier erst alles gründlich aufgearbeitet werden. Die Frage ist,

ob die Abweichung von der gesetzlichen Beteiligungsquote zulässig ist oder nicht. Und wenn nicht, wie kann das geheilt werden? Das wäre dann wohl kein so kleines Problem.“ In der Kreistagssitzung am 2. 10. hatte derselbe stellvertretende Landrat genau diese Fragestellung in der Funktion als Fraktionsvorsitzender bei der Debatte über die Notwendigkeit, bereits jetzt überplanmäßige Haushaltsmittel für den ÖPNV bereitzustellen, noch vehement als völlig abwegig dargestellt.

Die zeitgerechte Klärung dieser Frage ist nicht nur für die anstehenden Erarbeitungen der Haushalte des Kreises und der Schulträgergemeinden für 2013, sondern auch für die kurzfristige Entscheidung, in welcher Form der Kreis gegebenenfalls für eine weitere Herabsetzung der Schuldenaufnahme die Hilfestellung des Landes in Anspruch nehmen sollte, wichtig.

Herr Landrat Sager wird von der SPD Kreistagsfraktion in der Sitzung des Hauptausschusses am 23. 10. 2012 gem. § 15 der Geschäftsordnung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie lauten die Antworten der Kreisverwaltung auf die nunmehr auch vom stellvertretenden Landrat wie vorstehend dargelegten Fragen im Zusammenhang

mit der Berücksichtigung von § 114 Abs.3 Schulgesetz bei der endgültigen Kostenbelastung der Schülerverkehre?

2. Welche rechtlichen bzw. tatsächlichen Folgerungen werden gegebenenfalls daraus abgeleitet?

3. Kann im Sinne der Einlassungen des stellvertretenden Landrats davon ausgegangen werden, dass gegebenenfalls auch das „kleine Problem mit einer rückwirkenden Regelung gelöst wird?“

4. Um welche Summe ist der Kreis besergestellt, wenn die finanzielle Lastenaufteilung an den Kosten der kreisweiten Schülerverkehre für die Jahre 2010, 2011 und 2012 und laufend jährlich ab 2013 strikt nach den Vorgaben des Schulgesetzes vorgenommen wird?

5. Ist die Kreisverwaltung auch der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der Kostenbelastung der Schülerbeförderung eine Lösung über das ins Gespräch gebrachte Finanzierungsinstrument der Kreisumlage unabhängig von kommunalpolitischen Aspekten schon aus Sach- und Rechtsgründen nicht in Frage kommen kann? ■

Burkhard Klinke
Fraktionsvorsitzender

Gemeindeanteil an den Kosten der Schülerbeförderung in Ostholstein

der Kreistag hat auf Antrag der Verwaltung in seinen Sitzungen am 19. 6. sowie 2.10. 2012 insgesamt einen Mehrbedarf von 3.283.000 € als überplanmäßige Aufwendungen für den ÖPNV/Schülerbeförderung mit Mehrheitsbeschluss anerkannt.

Die SPD Fraktion hat erhebliche rechtliche Bedenken gegenüber der Höhe des dabei manifestierten Kreisanteils im Bereich der Schülerbeförderungskosten, der gem. § 114 Abs. 3 SchulG im Verhältnis zu den Schulträgergemeinden unabdingbar 1/3 der Kosten beträgt. Den vorliegenden Unterlagen, sowohl zu den genannten Kreistagssitzungen als auch den vorbereitenden Sitzungen der Fachausschüsse und deren Protokollen, ist aber zu entnehmen, dass bei den Anteilsberechnungen für den Kreis lediglich ein gemeindlicher Kostenanteil von derzeit rund 13 % zu Grunde

gelegt wurde, der aufgrund von vertraglichen Regelungen in den nächsten Jahren sogar noch sinken wird. In der gemeinsamen Sitzung am 12. 9. 2012 teilte die Verwaltung mit, dass die Schulträger sich nur



mit 22 % an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligen. (s. Vorlage 2012/0155 S. 7 v. 3. 9. 2012).

Die SPD Fraktion ist der Auffassung, dass die Verträge mit den Schulträgern gegen die gesetzlich vorgegebene Lastenver-

teilung zwischen Kreis und gemeindlichen Schulträgern zu Lasten des Kreises verstoßen. In diesem Zusammenhang stellt sich die ergänzende Frage, ob wegen der langen Laufzeiten und damit verursachten Bindungswirkung für einen wesentlichen Teil der Haushaltsmittel der Kreistag hätte bei der Vertragsgestaltung beteiligt werden müssen. Unseren schriftlichen und mündlichen Argumentationen in diese Richtung wurde in den Sitzungen nicht widersprochen, aber leider auch nicht gefolgt.

Ich bitte daher im Namen meiner Fraktion wegen der anstehenden Haushaltsberatungen sehr zeitnah um eine gutachterliche Stellungnahme zur Sach- und Rechtslage. ■

Burkhard Klinke
Fraktionsvorsitzender

Kontakte knüpfen im Ostseeraum

Niclas Dürbrook war mit der SPD Delegation Anfang des Monats zu politischen Gesprächen in Riga.

Wahrscheinlich war es in der Geschichte der europäischen Integration noch nie so wichtig, aktiv Europa-Politik zu betreiben. Die Banken-Krise ist zur Euro-Krise geworden, und einige beginnen schon mit dem Abgesang auf Europa. Gerade jetzt ist es deswegen wichtig zu zeigen, dass wir Sozialdemokrat_innen mehr Europa wollen. Dafür sind persönliche Kontakte über die Ländergrenzen hinweg unerlässlich. Die SPD in Schleswig-Holstein weiß schon seit Björn Engholm, dass unser Europa direkt vor der Haustür der Ostseeraum ist. Spätestens seit der Wende ist es für uns noch wichtiger geworden, nicht nur nach Norden, sondern auch in Richtung Osten zu schauen. Viele Herausforderungen tei-

Riga, um Kontakte mit den lettischen Sozialdemokrat_innen der Concord-Partei zu knüpfen. Neben Ralf Stegner (SPD Landesvorsitzender), Franz Thönnies (MdB), Christian Kröning (SPD Landesgeschäftsführer) und Olaf Schulze (Energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion) durfte ich als stellvertretender Landesvorsitzender für die Jusos daran teilnehmen.

Auf dem Programm standen neben einem Treffen mit der deutschen Botschafterin ein Gespräch mit dem lettischen Parteivorsitzenden Janis Urbanovics, verschiedenen Parlamentsabgeordneten und Kommunalpolitikern aus Riga und natürlich Vertreter_innen sozialdemokratischer Jugendorganisationen. Dabei wurden uns

Auch abseits der Wirtschaft ist Lettland ein tief geteiltes Land. Fast die Hälfte der Einwohner_innen zählt sich selbst nicht zur russischen Volksgruppe. 300.000 von ihnen haben keine Staatsbürgerschaft und somit auch kein Wahlrecht. Unsere Schwesterpartei ist hier die einzige politische Kraft, die offen für die Aussöhnung der Volksgruppen eintritt, für den Dialog mit Russland, für allgemeine Bürgerrechte und Wahlrecht.

Energie war auch ein großes Thema. In den baltischen Staaten ist es weniger der Wunsch nach sauberer Energie, als vielmehr der nach Unabhängigkeit von Russland, der den Bau eines neuen Atomkraftwerks als Gemeinschaftsprojekt beflügelt. Auf Erstaunen trafen unsere Berichte von der schleswig-holsteinischen Energiewende. Windkraft als Schlüsselindustrie? Was hier mittlerweile selbstverständlich ist, be-



Olaf Schulze, Janis Urbanovics, Ralf Stegner, Elizabete Krivcova, Niclas Dürbrook, Franz Thönnies und Christian Kröning im lettischen Parlament

len wir mit unseren Nachbarn: Energiewende, Arbeitsmarkt, demographischer Wandel, Umweltprobleme. Da liegt es nahe, sich zu vernetzen. Was zwischen den Parlamenten und Regierungen aber schon recht gut klappt, ist auf Ebene der Parteien praktisch nicht vorhanden. Wer kennt schon Sozialdemokrat_innen aus Polen, Estland, Lettland, Litauen, Schweden, Dänemark oder Finnland?

Eine kleine Ausnahme sind bisher die Jusos, die schon im Frühjahr dieses Jahres zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen ein Treffen junger Genoss_innen in Danzig organisiert haben. Jetzt ergriff aber auch die SPD Schleswig-Holstein die Chancen und entsandte vom 4. bis 6. Oktober eine Delegation nach

die lettischen Probleme deutlich geschildert: von den ca. zwei Millionen Einwohner_innen sind in den vergangenen Jahren mehr als zehn Prozent ausgewandert. Hochqualifizierte junge Menschen wandern aus und werden vielleicht nie zurück kommen. Die Chancenlosigkeit im eigenen Land treibt viele Richtung Westen. Wer bleibt, arbeitet oftmals in schlechten Jobs. Ein deregulierter Staat, von Konservativen und Liberalen auch bei uns als Musterland gepriesen, gerät immer tiefer in die Krise. Sparen und liberalisieren. Was auch im restlichen Europa dieser Tage als Allheilmittel gegen die Euro-Krise versucht wird, ist in Lettland schon lange Realität. 20 Jahre neoliberale Politik haben ihre Spuren hinterlassen.

darf woanders noch einer Menge Überzeugungsarbeit.

So unterschiedlich die Politiken unserer Länder aber auch sind, die Grundwerte unserer Parteien sind ähnlich. Soziale Gerechtigkeit als Oberbegriff, dafür konnten alle Beteiligten schnell Beispiele finden.

Die Grundlagen sind also gelegt, der Austausch mit unseren Genoss_innen soll fortgeführt werden. Einladungen für den nächsten Landesparteitag sind ausgesprochen, eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien im Ostseeraum ist in Planung und auch eine Internetplattform zum Austausch soll angeschoben werden. ■

Niclas Dürbrook
Juso-Vorsitzender in Ostholstein

Neun Eckpunkte für die gerechte Rente

In den letzten Atemzügen des Sommerloch's zauberte die Bundesarbeitsministerin ein neues Konzept gegen die Altersarmut aus dem Hut, das so eigentlich gar keines ist.

Die sogenannte von der Leyen'sche Zuschussrente ist eher eine Ente, denn sichere Rente, denn die Zugangshürden ließen sich nur von den wenigsten Betroffenen überspringen. Ähnlich sieht es auch die Bundes-SPD, die deshalb Ende September ihren Gegenentwurf vorgestellt hat: Die Solidarrente. Diese ist aber nur Teil eines Gesamtkonzeptes für eine gerechtere Rente. Als Neuerungen lassen sich insgesamt neun Eckpunkte im SPD-Rentenkonzept festmachen, die da wären:



1. Die Solidarrente, die es auch Menschen, die länger erwerbslos waren oder im Niedriglohnsektor beschäftigt waren ermöglichen soll, nach 30 Jahren mit einer monatlichen Rente von 850 € zu leben. Für den Fall, dass dieses Niveau nicht erreicht werden sollte, soll eine zweite Grundsicherung in der Sozialgesetzgebung entstehen.

2. Das Zugangsalter soll flexibler werden, sodass Arbeitnehmer/innen nach 45 Versicherungsjahren (nicht Beitragsjahren) abschlagsfrei in den Ruhestand gehen können.

3. Wer die Erwerbsminderungsrente in Anspruch nimmt, soll auch abschlagsfrei in Rente gehen können, weshalb die Zurechnungszeit zwischen Erwerbsminderung und Renteneintritt bis zum 62. Lebensjahr verlängert werden soll.

4. Auf die Teilrente sollen all jene ab 60 Jahren zugreifen können, die in körperlich oder psychisch belastenden Berufen arbeiten. Hier wird dann in 10%-Schritten die Arbeitszeit um bis zu 70% reduziert.

5. Für Freiberufler/innen, die ohne Rentenvorsorge sind, soll ein eigenes Beitragsystem geschaffen werden.

6. Erziehungszeiten sollen einheitlicher angerechnet werden, um die Benachteiligung der Eltern, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, aufzuheben.

7. Die sogenannte Betriebsrente Plus soll das Sinken des Rentenniveaus ausgleichen und die Riesterreute weitgehend ablösen. Von Arbeitnehmer/innen, die nicht ausdrücklich widersprechen, sollen 2% des Bruttolohns abgeführt und der daraus entstehende Sockelbetrag mit jährlich 400 € gefördert werden.

8. Die zusätzliche Finanzierung soll aus dem Bundeshaushalt gestellt werden.

Summa summarum wird hier mit einer Mehrbelastung von 7,2 Mrd. € gerechnet. Durch die Änderungen in der Erwerbsminderungsrente wird ein Anstieg von derzeit 500 Mio. auf 7,7 Mrd. € 2030 im Budget der Rentenkassen berechnet.

9. Die Beiträge sollen bis 2029 jährlich um 0,4% erhöht und stabilisiert werden, sodass 22% für Rentenversicherungsbeiträge nicht überschritten werden.

Klar ist aber auch, dass Altersarmut meist eine Folge von Erwerbsarmut ist. Deshalb steht es außer Frage, dass die Probleme für eine gute, soziale Rentenpolitik nur mit weitreichenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu machen ist. Keine Solidarrente ohne einen flächendeckenden Mindestlohn. Denn wie sollte man von seiner Rente, ganz gleich welches Niveau die Auszahlung nun hat, leben können, wenn es schon zu Erwerbszeiten vorne und hinten nicht gereicht hat?

Ziel kann es also nur sein, das Übel an der Wurzel zu packen um eine Arbeitspolitik zu machen, die es allen ermöglicht den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Dumpinglöhne zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sorgen nur dafür, dass die dadurch generierten Steuereinnahmen wieder hinten eingeschoben werden müssen, um die Rente zu sichern. Besser wäre, die Investition vorzulagern. Genau hier soll das erweiterte Konzept greifen. ■

Yannick Ashby

Debattierst Du noch, oder klagst du schon?

Union verkennt Chancen für die Region.

Am 27. September hatte die Stadtverordnung Bad Schwartau die Gelegenheit, sich von der wirtschaftspolitischen Irrfahrt des Bürgermeisters Schubert zu distanzieren und sich klar für den Willen der Bürgerinnen und Bürger auszusprechen und sie mit einem Bürgerentscheid zur Frage einer Klage zu Wort kommen lassen. Stattdessen entschließen sich die Fraktionen mehrheitlich für die Klage gegen das Projekt IKEA – einzig die SPD warnte ausdrücklich vor den Risiken.

Angenommen, der Bebauungsplan würde in einem Klageverfahren gekippt, so bestünde immer noch eine rechtskräftige Baugenehmigung – was zu einer Situation nach §34 BauGB führen würde. Das eigentliche Ziel des Bürgermeisters wäre damit verfehlt, und die Stadt hätte sich mit der Klage einen Bärenienst erwiesen.

Auch steht die angebotene Produktpalette im geplanten Shopping Center in keinerlei direkter Konkurrenz zur Schwartauer Innenstadt. Einzig die Klindwort-Apotheken, Schuback und Edeka im P1 machen sich selbst Konkurrenz. Von einer direkten Beeinträchtigung zu sprechen ist also mehr als hanebüchen.

Gerade die Tatsache, dass IKEA in direkter Nähe zu Schwartau entstehen soll, ist eine riesige Chance für die hiesige Wirtschaft. Zu glauben, dass eine derart hohe Investition nicht auch positiv nach Bad Schwartau abstrahlt, ist ausgemachter Unsinn. Und dass sich die Stadtverordneten von CDU, WBS und FDP gegen ausdrücklichen Wunsch der Schwartauerinnen und Schwartauer stellen, ist mehr als dreist. Wieder einmal zeigt sich gerade in der Haltung der Union zum Bürgerentscheid, wie wenig die Meinung der Wählerinnen und Wähler wertgeschätzt wird. Besonders die gute Nachbarschaft zwischen Lübeck und Bad Schwartau könnte unter dem ignoranten Verhalten Gerd Schubert's und seinen Pappenheimern leiden.

Die SPD und Jusos warnen ausdrücklich davor, die riesigen Chancen für die ganze Region aus kleinstädtischer Eigenbrötlerei aufs Spiel zu setzen. ■

Yannick Ashby

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon 04521/5957

kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter

Korrektur: Gisela Teuchert-Benker

Schlussredaktion: Beate Müller-Behrens ■